

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 17.-18. März

(Stand: 18.03., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, t.pushina@oa-ev.de, Tel: 030-206167128.

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 17. März 2022 zum Thema Krieg in der Ukraine

[Ukraine-Krieg: Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder | Bundesregierung](#)

Bundeskanzler Olaf Scholz und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder verurteilen den Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin gegen die Ukraine auf das Schärfste. Bund und Länder sind sich einig: Sie wollen die Menschen, die vor dem Krieg fliehen, schnell und umfassend unterstützen.

„Der russische Präsident führt Krieg in der Ukraine und greift damit auch unsere internationalen Werte und Normen an“, betonte Bundeskanzler Olaf Scholz am Donnerstag nach der Besprechung mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder. Er appellierte gemeinsam mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder an den russischen Präsidenten und die Russische Föderation „sofort jegliche Angriffshandlungen einzustellen und die russische Armee aus der Ukraine zurückzuziehen“.

Bündelung der Kräfte von Bund und Länder

Aktuell befinden sich Millionen von Menschen auf der Flucht, die meisten davon seien Frauen und Kinder, hob der Kanzler hervor. „Allen aus der Ukraine Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, wollen wir schnell Zuflucht und Unterstützung gewähren.“ Geschlossen werden Bund und Länder dazu alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte bündeln, um den Geflüchteten die notwendige Hilfe zu bieten. So können die ukrainische Staatsangehörige visumsfrei einreisen und erhalten in Deutschland einen Aufenthaltstitel. Sie erhalten Zugang zu zahlreichen Integrationsmaßnahmen, wie Integrations- und Sprachkursen, Arbeitsmarktzugang, Kinderbetreuung und Beratung. Auch die medizinische Versorgung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln wird sichergestellt.

Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland kommen, haben zudem Anspruch auf Gesundheitsleistungen, also insbesondere ärztliche Behandlungen und zum Beispiel auch auf die Behandlung von psychischen Erkrankungen. Sie haben die Möglichkeit, sich kostenfrei gegen Covid-19 impfen und Corona-Tests durchführen zu lassen. Erkrankte und Verletzte aus der Ukraine, die in Krankenhäusern behandelt werden müssen, sollen mit dem sogenannten Kleeblattverfahren auf Krankenhäuser in ganz Deutschland verteilt werden.

Großartiges ehrenamtliches Engagement

Der Bundeskanzler dankte den vielen ehren- und hauptamtlichen Helfenden für ihren unermüdlichen Einsatz bei der Bewältigung der aktuellen Situation. Die Zivilgesellschaft zeige eine überwältigende Kultur der Hilfsbereitschaft und Solidarität, betonte der Bundeskanzler. Zusammen mit Bund und Ländern lindere sie das Leid der in Deutschland ankommenden Geflüchteten und leisten im wahrsten Sinne des Wortes Überlebenshilfe. Sie bilden herausragende Beispiele einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Um den geflüchteten Menschen die notwendige Hilfe zu bieten und sie von Anfang an und auf allen Ebenen gut zu integrieren versprochen Bund und Länder den schnellen Zugang zu Kitas, Schulen und Hochschulen. Ebenfalls werden auch Schutzmaßnahmen geflüchteter Frauen und Kinder vor Gewalt getroffen. Ein besonderes Augenmerk gilt hier unbegleiteten Minderjährigen.

Gemeinsam finanzielle Verantwortung übernehmen

Bund, Länder und Kommunen übernehmen gemeinsam Verantwortung, um den Geflüchteten aus der Ukraine möglichst schnell und unkompliziert zu helfen. „Und diese gemeinsame Aufgabe erstreckt sich ausdrücklich auch auf die Frage der Finanzen“, betonte Kanzler Scholz. Eine Arbeitsgruppe wird in den kommenden drei Wochen über Kosten der Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge beraten. Bei der nächsten Bund-Länder-Runde am 7. April 2022 werden dann ein Gesamtfinanzierungskonzept vorgestellt und konkrete Beschlüsse gefasst.

Sicherheitsversprechen für eine friedliebende Gesellschaft

Der Bundeskanzler betonte zudem, dass es keinerlei Rechtfertigung dafür gebe, Mitbürgerinnen oder Mitbürger die aus Russland stammen oder Russisch sprechen, zu beschuldigen, zu beleidigen oder gar körperlich anzugreifen. Jede Straftat müsse deshalb konsequent verfolgt werden. Das staatliche Sicherheitsversprechen gelte unterschiedslos für alle Menschen in Deutschland. Der Kanzler mahnte: Wir sind eine friedliebende Gesellschaft und werden es bleiben.

Gezielte russische Desinformation

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder traten mit einer deutlichen Bitte an die russischsprachigen Menschen in Deutschland heran, sich umfassend in den verschiedenen nationalen und internationalen Medien zu informieren. Niemand solle der Desinformationskampagne der russischen Staatsmedien mit ihren zynischen und verharmlosenden Darstellungen Glauben schenken, so der Bundeskanzler. Ebenfalls wurde die massive Einschränkung der Pressefreiheit in Russland scharf kritisiert und entschlossen verurteilt.

Angespannte Cyber-Sicherheitslage

Bei der IT-Bedrohungslage werden Bund und Länder alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um auch im Cyberraum einen bestmöglichen Schutz von Gesellschaft und Wirtschaft zu gewährleisten. Das betreffe insbesondere die Kritischen Infrastrukturen sowie die öffentliche Verwaltung. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder appellierten an die Wirtschaft und insbesondere an alle Unternehmen der Kritischen Infrastruktur, sich ihrer Abwehrfähigkeit zu versichern und die Warnhinweise der zuständigen Behörden ernst zu nehmen und umzusetzen. Sie begrüßen den zwischen Bund und Ländern begonnenen Austausch zu hybriden Bedrohungen in einer Bund-Länder-AG. Deutschland muss sich vor solchen Aggressionen konsequenter schützen und entschlossener reagieren. Deshalb werden die Länder die Cyberabwehr stärken.

Gewährleistung der Energieversorgung

Bund und Länder betonen, dass die Versorgung mit Energie sicher und bezahlbar sein muss. Das ist essentiell für Unternehmen, das ist ebenso wichtig für Bürgerinnen und Bürger. Wegen der kriegesischen Handlungen in der Ukraine kann sich jedoch die angespannte Lage auf den internationalen Energiemärkten verstärken. Deswegen haben sich Bund und Länder darauf verständigt, den Ausbau der erneuerbaren Energien noch stärker voranzutreiben. Die zu große Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere aus Russland, soll schnell beendet werden. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung umfassen vor allem effizientere Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Bereitstellung von ausreichend Kapazitäten für erneuerbare Energien und die stärkere Berücksichtigung von Effizienz- und Einsparmaßnahmen.

Energieimporte diversifizieren

Die Bundesregierung wird kurzfristig eine Strategie zur Versorgungssicherheit beim Ausstieg aus der Belieferung mit Energie aus Russland vorlegen. Dazu gehört, die Energieimporte zu diversifizieren und eine ausreichende Bevorratung der Energieträger zu gewährleisten. Bund und Länder werden alles dafür Nötige tun, damit Deutschland Flüssiggas importieren kann. Außerdem werden Hafen-, Speicher- beziehungsweise Lager- und Transportkapazitäten ausgebaut, um die Versorgung mit Gas und Mineralölprodukten zu sichern. In die Überlegungen zur Versorgungssicherheit soll nicht zuletzt auch die Laufzeit grundlastfähiger Kraftwerke einbezogen werden.

Weitere Entlastungen in Planung

Zur Abfederung der Belastung aufgrund der gestiegenen Energiepreise hat die Bundesregierung bereits erste Schritte unternommen – etwa den Heizkostenzuschuss für Menschen mit niedrigem Einkommen oder auch die Absenkung der EEG-Umlage auf null bereits zum 1. Juli dieses Jahres. Weitere Maßnahmen sind in der Planung und werden von Bund und Länder abgestimmt.

Hier die im Rahmen des Spitzentreffens am 17. März gefassten Beschlüsse von Bund und Ländern mit Bezug zu Wirtschaft/Sanktionen aus dem Protokoll (Auszüge):

...

*5. Die internationale Staatengemeinschaft und die Europäische Union haben ein **umfassendes Sanktionsregime** in Kraft gesetzt. Der wirtschaftliche Druck soll helfen, den Krieg schnellstmöglich zu beenden. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind sich einig, dass die beschlossenen Sanktionsmaßnahmen wirksam und konsequent umgesetzt werden und gegen deren Umgehung hart vorgegangen wird. Die zuständigen Behörden in Bund und Ländern arbeiten Hand in Hand, um die Umsetzung sicherzustellen. Der Bund überprüft im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft und der Europäischen Union beständig weitere Sanktionen. Die Länder unterstützen dies.*

...

*12. Aufgrund des einstimmigen Beschlusses des Rates der Europäischen Union vom 4. März 2022 zur Gewährung des Schutzes in der Europäischen Union infolge des bewaffneten Konflikts in der Ukraine erhalten die fliehenden Menschen aus der Ukraine unkompliziert eine **Aufenthaltserlaubnis in Deutschland**. Diese Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) ermöglicht es den Vertriebenen aus der Ukraine, unmittelbar eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen; die Ausländerbehörden erlauben entsprechend dem Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern und für Heimat bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die Erwerbstätigkeit ausdrücklich. Die Agenturen für Arbeit sollen beraten, vermitteln und weitere Leistungen der aktiven Arbeitsförderung bieten. Der Bund*

passt die vielfältigen Programme und Angebote an, die sich mit Spracherwerb, Aufnahme von Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Beratung von Geflüchteten und ihren Familien beschäftigen. Die bestehenden Angebote werden auf einem zentralen Hilfeportal „Germany 4 Ukraine“ (www.germany4ukraine.de) zusammenfasst – auch in ukrainischer und russischer Sprache. Bund und Länder werden ihre Maßnahmen abstimmen und wenn nötig an zukünftige Herausforderungen anpassen.

...

20. Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sowie die von der westlichen Wertegemeinschaft bereits ergriffenen und gegebenenfalls weiter zu verschärfenden Sanktionen haben auch **Auswirkungen auf die Situation der Unternehmen** in unserem Land. Nach den pandemiebedingten Einschränkungen der vergangenen zwei Jahre stehen viele von ihnen nun vor neuen, zum Teil zusätzlichen gravierenden Herausforderungen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen die Ankündigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zur Kenntnis, ein Kreditfortprogramm für betroffene deutsche Firmen aufzulegen. Sie bitten den Bund, insbesondere denjenigen Unternehmen, die durch eine starke wirtschaftliche Verflechtung mit dem russischen und ukrainischen Markt vor substanziellen Problemen stehen, auch in dieser schwierigen Phase zur Seite zu stehen und Unterstützungsleistungen zu prüfen für Unternehmen, die von Lieferengpässen und in der Folge von Arbeitsausfällen oder von gestiegenen Rohstoff- oder Energiepreisen betroffen sind. Das gilt vor allem für die energieintensive Industrie sowie für Unternehmen, denen mit den Sanktionen die Grundlage für ihr Geschäft genommen worden ist.

...

22. Angesichts der bestehenden **IT-Bedrohungslage** werden Bund und Länder alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um auch im Cyberraum einen bestmöglichen Schutz von Gesellschaft und Wirtschaft zu gewährleisten. Das betrifft insbesondere die Kritischen Infrastrukturen sowie die öffentliche Verwaltung. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder appellieren an die Wirtschaft und insbesondere an alle KRITIS Unternehmen, sich ihrer Abwehrfähigkeit zu versichern und die Warnhinweise der zuständigen Behörden ernst zu nehmen und umzusetzen. Sie begrüßen den zwischen Bund und Ländern begonnenen Austausch zu hybriden Bedrohungen in einer Bund-Länder-AG. Deutschland muss sich vor solchen Aggressionen konsequenter schützen und entschlossener reagieren. Deshalb werden die Länder die Cyberabwehr stärken. Das gilt sowohl für den Schutz staatlicher Einrichtungen als auch von Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in privater Hand. Zu diesem Schutz kann aus Sicht der Länder letztlich auch die Möglichkeit einer aktiven Cyberabwehr gehören.

23. Die **sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie** zu international wettbewerbsfähigen Preisen ist von existenzieller Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandortes Deutschland – und auch im Leben jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Die aktuellen Entwicklungen verstärken die schwierige Lage auf den bereits zuvor angespannten Energiemärkten. Sie zeigen das überragende sicherheitspolitische Interesse Deutschlands an einer stärkeren Unabhängigkeit von Energie-

Importen. Mit dem Ziel des klimaneutralen Umbaus der Energieversorgung soll die fossile Importabhängigkeit Deutschlands gemindert werden.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stimmen überein, dass aufgrund der aktuellen Krisensituation die Anstrengungen für einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt werden müssen. Daher sollen jetzt gemeinsam alle Möglichkeiten genutzt werden, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen. Damit mindert Deutschland seine Abhängigkeit von anderen Ländern, setzt ein aktives Zeichen gegen die völkerrechtswidrige Aggression Russlands und stärkt die eigene Energieversorgungssicherheit.

Voraussetzung einer weiteren Beschleunigung ist die stets gebotene Sicherstellung der Energieversorgungssicherheit für Privathaushalte, Wirtschaft und Industrie sowie die Gewährleistung von Energiepreisniveaus, die die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Wirtschaft und Industrie nicht überfordern. Bund und Länder werden daher kurzfristig und umfassend Maßnahmen zur Beschleunigung der Energie-Transformation auf den Weg bringen.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stimmen darin überein, dass Deutschland schnellstmöglich unabhängig vom Import russischer Energieträger werden muss. Dazu werden die Alternativen geprüft. Ferner ist es notwendig, die Energieimporte nach Deutschland zu diversifizieren und eine ausreichende Bevorratung der Energieträger sicherzustellen. Auch die Beschaffung von Flüssiggas (LNG) und der Ausbau der hierfür notwendigen Infrastruktur gehören dazu. Bund und Länder werden dafür sorgen, dass die dafür nötigen Planungen und Genehmigungen beschleunigt werden. Sie werden die entsprechenden Rechtsänderungen vorantreiben. Zur Sicherung der Versorgung mit Mineralölprodukten werden Bund und Länder Hafen-, Lager- und Transportkapazitäten ausbauen.

Protokollerklärung des Freistaates Bayern zu Ziffer 23 des Beschlusses:

Der Ukraine-Krieg zeigt in energiepolitischer Hinsicht deutlich, wie wichtig die Stärkung der Energiesicherheit für Deutschland ist. Hierzu sind aus bayerischer Sicht insbesondere folgende Maßnahmen dringend erforderlich: Zur Diversifizierung der Transportwege und der Bezugsquellen von Flüssiggas und von Wasserstoff ist es aus Sicht Bayerns erforderlich, dass auch ein direkter Zugang des Südens Deutschlands zu LNG-Terminals z.B. in Italien und Kroatien aufgebaut wird. Um die Versorgungssicherheit insbesondere bei Gas und Strom aufrechtzuerhalten, müssen zudem die bereits erfolgten und geplanten Stilllegungen von Kohlekraftwerken kritisch überprüft werden. Dies ist aus Sicht Bayern aufgrund von Netzengpässen an hohen Lasttagen sowie des hohen CO₂-Ausstoßes der Kohlekraft jedoch nicht ausreichend. Nötig ist daher darüber hinaus eine Verlängerung der Laufzeiten der laufenden bzw. eine Wiederinbetriebnahme der zum 31.12.2021 außer Betrieb genommenen Kernkraftwerke für zumindest drei Jahre. Darüber hinaus muss der Bund weitere Verbesserungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf den Weg bringen. Erforderlich ist hier insbesondere die beihilferechtliche Genehmigung der Südquoten bei Windkraftanlagen. Zudem muss auch das Potential der Wasserkraft u.a. durch Modernisierungen, Effizienzsteigerungen und eine Verbesserung der Vergütung und Rahmenbedingungen auch für die kleine Wasserkraft gehoben werden. Der für die Erneuerbaren Energien vorgesehene Vorrang muss auch für die Wasserkraft gelten.

Das vollständige Protokoll mit allen Beschlüssen finden Sie hier:
[2022-03-17-mpk-beschluss-data.pdf \(bundesregierung.de\)](https://www.bundesregierung.de/2022-03-17-mpk-beschluss-data.pdf)

Unternehmensumfrage

Gibt es aktuell Schwierigkeiten, ukrainischen Partnerunternehmen Kapital zukommen zu lassen?

Die GIZ, Abteilung Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, überlegt in Kooperation mit der KfW eine Blockchain-Lösung zu entwickeln, die resiliente und sichere Transfers von deutschen Unternehmen an ihre ukrainischen Partner erlaubt – selbst wenn die Infrastruktur (Zentralbank, Bankautomaten, Strom, etc.) nicht mehr funktionsfähig wäre. Wir wissen aktuell nicht, ob es hierfür einen (auch zukünftigen) Bedarf gibt.

Über eine Rückmeldung, ob dieses Thema für Sie relevant ist, würden wir uns freuen. Bitte melden Sie sich dazu **bis zum 22. März 2022, 16 Uhr** bei Frau Sarah Guhde unter s.guhde@oa-ev.de.

GTAI-Handlungsempfehlungen für Unternehmen und Sanktionsübersicht

German Trade&Invest informiert auf dieser Seite über aktuelle Handlungsmöglichkeiten von deutschen Unternehmen mit Russland-Geschäft. Dort finden sich auch nützliche Links zu den jeweiligen Sanktionsregistern:

[Handlungsempfehlungen für Unternehmen | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](https://gtai.de/Handlungsempfehlungen-fuer-Unternehmen-Wirtschaftsumfeld-Russland-Sanktionen)

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de/Russland-Ukraine-Konflikt)

Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de/Themen/Wirtschaft/Handel/Handelsverkehr/Handelsverkehr-ukraine)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.
Referatsleiter
Herr Andreas Neumann
E-Mail: Buero-VE1@bmwi.bund.de

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

BITTE UM BETEILIGUNG! **Ost-Ausschuss-Umfrage**

Wir möchten Sie bitten, an unserer Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auf ihr Geschäft teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de) oder Stefan Kägebein (s.kaegebein@oa-ev.de).

2. Terminübersicht

21. März: „Russland-Krise – Auswirkungen auf Estland, Lettland und Litauen“, 10:00 – 11:15 Uhr (Online)

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die baltischen Staaten. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage. Zu den Referenten gehören unter anderem die deutschen Botschafter in der Region.

Sollten Sie kein Ost-Ausschuss-mitglied sein, aber Interesse an dem Austausch haben, melden Sie sich gerne bei Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, a.stadnicki@oa-ev.de

Die Teilnahme ist nur nach Bestätigung möglich. Die Einwahldaten für die Videokonferenz lassen wir Ihnen vorab zukommen. Es gelten die Chatham House Rules.

23. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.hermesdeckungen.de)

23. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zu den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de



Russland und der Westen

Zeitenwende

Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an events@libmod.de

25. März: Aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr MEZ

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie zur 2. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 25. März 2022, 14.00 Uhr MEZ einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Donnerstag, 24. März um 16.00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

25. März: Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa zum Thema „Russland-Krise: wirtschaftliche Auswirkungen auf Mittelosteuropa“, 10:00 – 11:15 Uhr

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Staaten Mittelosteuropas. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage.

Wir freuen uns, als Referenten u.a. folgende Personen begrüßen zu dürfen:

- Gunter Deuber, Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse, Raiffeisen Bank International AG
- Mario Holzner, Geschäftsführer, Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)
- Dr. Kai-Olaf Lang, EU/Europa Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder. Es gelten die Chatham House Rules. Bei Rückfragen steht Ihnen Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa (a.stadnicki@oa-ev.de, Tel: +49 30 206167 138) gern zur Verfügung.

28. März: „GAA_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: p.brodersen@oa-ev.de

29. März: Außerordentliche Arbeitskreissitzung zur Gesundheitswirtschaft in Osteuropa & GUS von Ost-Ausschuss und German Health Alliance, 9:00-10:00 Uhr (Online)

Thema: Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der aktuellen Wirtschaftssanktionen sowie Koordination von Hilfsmaßnahmen für die Ukraine.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder bzw. Mitglieder des Arbeitskreises. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de

30. März: Online-Austausch mit dem Ersten Vizepremierminister der Republik Kasachstan Roman Sklyar von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr MESZ

Im Rahmen des Meetings möchten wir uns über die Kooperationsmöglichkeiten in den Sektoren Transport und Logistik in Kasachstan informieren sowie die Herausforderungen der derzeitigen Situation, vor allem im Transitverkehr, eruieren. Die Arbeitssprachen des Treffens sind Englisch und Russisch mit Simultandolmetschung. Sie können sich bis zum 28. März 2022, 10:00 Uhr zu unserem Onlineformat anmelden. Wir werden allen angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig vor der Veranstaltung einen Link zusenden.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder bzw. Mitglieder des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Eduard Kinsbruner, e.kinsbruner@oa-ev.de

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 17. März)

Zum 4. Sanktionspaket der EU, das diese Woche veröffentlicht wurde, gibt es zahlreiche Fragen. Business Europe hat dazu erste Antworten zusammengestellt, die wir hier in deutscher Arbeitsübersetzung teilen. Diese Klarstellungen beziehen sich auf die Beschränkungen im Handel mit Luxusgütern. Sie werden auch in einem demnächst erscheinenden FAQ-Dokument enthalten sein.

Es gilt ein Haftungsausschluss: Diese informellen Ansichten stellen nicht die offizielle Meinung der Kommission dar.

1) Wie wird der Schwellenwert von 300 €/Einheit bewertet? Sollen wir davon ausgehen, dass er als CIF-Preis oder als Verrechnungspreis für konzerninterne Transaktionen bewertet wird?

Der Schwellenwert von 300 €/Einheit wird als Mehrwertsteuerfreier Preis bewertet, der in den Ausfuhrerklärungen angegeben wird, sofern er dem Marktpreis entspricht.

2) Was versteht man unter einem „Stück“ (item)?

Unter einem "Stück" versteht man den einzelnen verpackten Gegenstand einer Sendung, d. h. bei einem Kleidungsstück, einem Parfüm oder einer Spirituose handelt es sich um den einzelnen Verkaufsgegenstand, z.B. eine Handtasche, einen Mantel, eine Parfümflasche oder eine Cognacflasche. Eine Ware im Sinne dieser Bestimmung ist eine übliche Verpackung für den Einzelhandelsverkauf, z. B. ein Karton mit sechs Weinflaschen, wenn sie zusammen verkauft werden, oder eine Weinflasche, wenn sie einzeln verkauft werden soll. Bei loser Ware ist der Preis pro üblicher Maßeinheit (Kilo, Liter usw.) anzugeben.

3) Gilt das Verbot auch für Waren ohne Ursprungseigenschaft, einschließlich Waren, die sich im Transit aus anderen Nicht-EU-Ländern befinden und für Russland bestimmt sind, insbesondere wenn diese Länder nicht selbst ähnliche Sanktionen beschlossen haben?

Ja, das Verbot der Verbringung von Luxusgütern an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland oder zur Verwendung in Russland gilt auch für die Durchfuhr dieser Luxusgüter durch das Gebiet der EU. Häufig ist mit der Verbringung auch die Beförderung der Güter verbunden, die ebenfalls unter das Verbringungsverbot fällt.

4) Gilt das Verbot auch für Waren mit Ursprung in der EU, die im Transit durch Russland in Richtung weiterer Bestimmungsorte wie Zentralasien befördert werden?

Nicht per se. Natürlich müssen die Waren wirklich für ein Drittland und für die Verwendung außerhalb Russlands bestimmt sein. Daher sollten EU-Unternehmen angemessen ihrer Sorgfaltspflichten nachkommen, um sicherzustellen, dass ihre Ausfuhren nicht nach Russland umgeleitet werden - insbesondere im Falle von Umladungen über Russland. Dazu könnten beispielsweise Vertragsklauseln mit ihren Geschäftspartnern in Drittländern gehören, die eine Haftung für den Fall vorsehen, dass letztere die Güter nach Russland wiederausführen, sowie Ex-post-Überprüfungen. Bitte beachten Sie auch, dass die EU-

Wirtschaftsbeteiligten gemäß Artikel 12 die geltenden Verbote nicht willentlich oder absichtlich umgehen dürfen.

Neue Übersichten der EU zu Sanktionen

Die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission hat einen neuen Leitfaden mit häufig gestellten Fragen zu den restriktiven Maßnahmen, die als Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine im Bereich der Ausfuhrkontrolle ergriffen wurden, zur Verfügung gestellt:

- 1.) FAQ zu Exportrestriktionen der EU:

[Frequently asked questions on export-related restrictions pursuant to Articles 2, 2a and 2b of Council Regulation No 833/2014 concerning restrictive measures in view of Russia's actions destabilising the situation in Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

- 2.) Spezielle Webseite der Europäischen Kommission zu Sanktionen, die Erläuterungen und nützliche Übersichten über die EU-Maßnahmen sowie Links zu Instrumenten wie der EU-Sanktionskarte enthält:

[Restrictive measures \(sanctions\) | European Commission \(europa.eu\)](#)

- 3.) Im Abschnitt „Guidance“ der Webseite finden Sie auch die veröffentlichten Leitlinien für die Umsetzung von Sanktionen gegen Iran, Nordkorea, Libyen, Syrien und andere:

[Restrictive measures \(sanctions\) | European Commission \(europa.eu\)](#)

- 4.) Übersicht über die derzeitigen EU-Sanktionen gegen Russland in Zusammenhang mit dem Krieg:

[EU restrictive measures in response to the crisis in Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

Unterstützung beim Thema Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](#)

Weitere Meldungen:

TASS:

Europäisches Parlament verbietet russischen und belarussischen Diplomaten den Zutritt zu seinen Gebäuden

Das Europäische Parlament hat russischen und belarussischen Diplomaten und Beamten den Zutritt zu seinen Gebäuden in Brüssel und Straßburg untersagt.

Dies schrieb die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, am Freitag auf Twitter.

„Ab heute ist es diplomatischem und staatlichem Personal aus Russland und Weißrussland verboten, die Gebäude des Europäischen Parlaments zu betreten“, schrieb sie. - Es gibt keinen Platz im Haus der Demokratie (gemeint ist das Europäische Parlament - TASS) für diejenigen, die die demokratische Weltordnung zerstören“.

Eine russische diplomatische Quelle in Brüssel erklärte gegenüber TASS, dass es aufgrund der Schließung der Gebäude des Europäischen Parlaments während der Coronavirus-Pandemie für russische Diplomaten bereits seit langem äußerst schwierig war, diese zu betreten.

4. Russland-Gegensanktionen

Gesetzesänderungen bei russischen Exportverboten

Wie bereits berichtet, hat Russland Ausfuhrverbote für eine Reihe von Waren eingeführt, insgesamt sind es über 200 Warenpositionen. Am 17. März wurden nun Änderungen in den russischen Regierungsverordnungen 311 und 312 vorgenommen.

Hier eine deutsche Arbeitsübersetzung zur Meldung über die wichtigsten Maßnahmen:

„Die Liste der Fälle, die nicht unter das in der Verordnung festgelegte Ausfuhrverbot für Waren fallen, wurde erheblich erweitert.

Zudem wurde die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation Nr. 390 vom 17.03.2022 die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation Nr. 302 vom 06.03.2022 „Über die Einführung eines zeitweiligen Verbots der Ausfuhr von medizinischen Gütern, die zuvor in die Russische Föderation aus ausländischen Ländern eingeführt wurden, die einen Beschluss über die Einführung restriktiver wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber der Russischen Föderation gefasst haben“ aufgehoben.

Auch an einigen normativen Rechtsakten wurden Änderungen vorgenommen. Der Beschluss der Regierung der Russischen Föderation vom 09.03.2022 Nr. 311 "Über Maßnahmen zur Umsetzung des Erlasses des Präsidenten der Russischen Föderation vom 08.03.2022 Nr. 100" wurde geändert.

Jetzt ist es erlaubt, die in den Sonderwirtschaftszonen (SWZ) auf dem Territorium der Russischen Föderation hergestellten Waren zusammen mit den ausländischen Waren, die in das Verfahren der freien Zollzone überführt wurden, zu exportieren;

Exportmöglichkeiten gibt es zudem für die in den freien Lagern hergestellten Waren, die in das Verfahren der freien Zollzone überführt wurden; für Ersatzteile und spezielle Ausrüstung, die vorübergehend aus dem Territorium der Russischen Föderation exportiert werden und für die Behandlung, den Schutz der Waren und die Wartung oder den Betrieb der Fahrzeuge des internationalen Verkehrs bestimmt sind;

Es wird festgelegt, dass das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung auf Beschluss der Regierung und in Abstimmung mit dem Ministerium für Industrie und Handel befristete Genehmigungen für die Ausfuhr bestimmter Waren erteilen kann, die in der durch das Dekret erstellten Liste aufgeführt sind.

In einem neuen Wortlaut werden bestimmte Warenpositionen in der Liste bestimmter Arten von Gütern aufgeführt, für die ein vorübergehendes Ausfuhrverbot verhängt wird.

Es wird eine neue Liste bestimmter Arten von medizinischen Gütern (Anhang 6) eingeführt, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Ausfuhr zugelassen sind. Die

Ausfuhrgenehmigungen werden vom Gesundheitsministerium der Russischen Föderation erteilt.

Die Liste der Fälle, in denen die mit dem Dekret eingeführte Maßnahme nicht anwendbar ist, wurde geändert. Es umfasst nun Abchasien und Südossetien sowie die DNR und LNR.

Die vereinfachte Ausfuhr von Waren nach Weißrussland im Rahmen des Unionsstaates ist ebenfalls zulässig. Waren, die in den Sonderwirtschaftszonen (SWZ) und den Sonderwirtschaftszonen auf dem Territorium der Russischen Föderation unter Verwendung ausländischer Waren hergestellt werden, die in das Verfahren der freien Zollzone überführt werden, usw.

Es wurde eine neue Ausgabe der Liste der einzelnen Arten von landwirtschaftlichen Maschinen und Teilen davon, die einem befristeten genehmigungspflichtigen Ausfuhrverfahren unterliegen, eingeführt (Anhang 1 des Erlasses); es wurde eine neue Ausgabe der Liste der einzelnen Arten von gewerblichen Waren (Anhang 3) eingeführt.

Es wurde eine Liste bestimmter Arten von medizinischen Gütern erstellt, für die ein vereinfachtes Ausfuhrgenehmigungsverfahren gilt (Anhang 6).

Die Liste der Dokumente, die zum Nachweis des russischen Ursprungs von Waren verwendet werden können, wird erweitert. Ursprünglich konnte nur das Ursprungszeugnis nach dem Formblatt ST-1 verwendet werden, jetzt können die Lieferanten auch andere Zeugnisse verwenden, die den russischen Ursprung der Waren bestätigen und von einer zur Ausstellung solcher Zeugnisse befugten Organisation ausgestellt wurden (z. B. ein Zeugnis nach dem Formblatt ST-2), oder eine Bestätigung der Produktion von Industrieerzeugnissen in Russland, die vom russischen Ministerium für Industrie und Handel in der vorgeschriebenen Weise ausgestellt wurde.
Das neue Dekret trat am 17.03.2022 in Kraft.“

Hier der Gesetzestext:

[Постановление Правительства Российской Федерации от 17.03.2022 № 390 ·
Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал
правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Hier die russische Meldung dazu:

[Изменения в постановления 311 и 312 Правительства РФ о противодействии
иностранным санкциям - Новости таможенного законодательства от 18.03.2022 |
Альта-Софт \(alta.ru\)](#)

Weiterführende Links (russisch):

[Постановление Правительства РФ от 17.03.2022 № 390 . Таможенные документы |
Альта-Софт \(alta.ru\)](#)
[Постановление Правительства РФ от 06.03.2022 № 302 . Таможенные документы |
Альта-Софт \(alta.ru\)](#)
[Постановление Правительства РФ от 09.03.2022 № 312 . Таможенные документы |
Альта-Софт \(alta.ru\)](#)

Ein Artikel zur Einordnung der ursprünglichen Warenexportverbote der BBC:

[Russia hits back at Western sanctions with export bans - BBC News](#)

Strafen für „Aufrufe“ zu Sanktionen

Als Reaktion auf die weitreichenden Sanktionen, die von verschiedenen Regierungen gegen Russland verhängt wurden, hat Russland einen Passus im Strafgesetzbuch angepasst, der unter anderem die Forderung nach Sanktionen gegen Russland unter Strafe stellt.

Hintergrund

Am 4. März trat das russische „Föderale Gesetz ‚Über Änderungen im Strafgesetz der RF und in Art. 31 und 151 des Strafprozessgesetzes der RF‘“ in Kraft.

Das Gesetz beinhaltet zunächst eine Ergänzung des Art. 207/3 des damals bereits bestehenden russischen Strafgesetzes, die finanzielle oder Freiheitsstrafen vorsieht für „öffentliche Verbreitung nachweislich falscher Informationen über den Einsatz der bewaffneten Kräfte der RF“, darunter auch „nachweislich falsche Informationen mit Angaben über den Einsatz der Streitkräfte der RF mit dem Ziel der Verteidigung der Interessen Russlands und seiner Bürger, der Sicherung des internationalen Friedens und der Sicherheit“. Ebenfalls aufgenommen wurde eine Ergänzung zu Art. 280/3 des Strafgesetzes, die ebenfalls Geld- oder Freiheitsstrafen vorsieht für „öffentliche Handlungen, die auf die Diskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der RF mit dem Ziel des Schutzes der Interessen der RF und ihrer Bürger, zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ gerichtet sind. Dazu zählen auch „öffentliche Aufrufe zur Verhinderung des Einsatzes der Streitkräfte zu diesen Zielen“.

Neue Entwicklung

Kapitel 29 des Strafgesetzes wird jetzt zusätzlich mit einem Artikel 284/2 ergänzt, der „Aufrufe zur Einführung beschränkender Maßnahmen bzgl. der RF“ unter Strafe stellt. Gemeint sind damit „Aufrufe“ an andere Staaten, Staatenverbände und internationale Einrichtungen zu „Maßnahmen einschränkenden Charakters, die sich in der Einführung oder Verlängerung politischer oder wirtschaftlicher Sanktionen“ bezüglich der Russischen Föderation (RF) sowie physischen oder juristischen Personen der RF äußern. Voraussetzung ist eine administrative Bestrafung für denselben Sachverhalt innerhalb der vergangenen zwölf Monate. Das Strafmaß reicht bis zu 500.000 Rubel (aktuell ca. 4.400 Euro) oder bis zu drei Jahreseinkommen, sieht aber auch Freiheitseinschränkungen, Zwangsarbeit und Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren vor.

Quelle:

[Федеральный закон от 04.03.2022 № 32-ФЗ · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Der Vorsitzende der Regierungspartei „Einiges Russland“ und Vize-Speaker des Föderationsrates, A. Turtschak, geht in einem Aufruf über das derzeitige Gesetz hinaus, indem er auch eine strafrechtliche Verantwortung für (russische) Unternehmen bei der Befolgung der Sanktionen fordert. Das Befolgen westlicher Sanktionen sei mit deren Unterstützung als „Verrat“ gleichzusetzen. Einiges Russland“ werde eine entsprechende Gesetzesänderung vorbereiten, so sein Telegram-Post vom 14.3. Bei seiner Wortwahl entsteht der Eindruck, dass sich die angestrebte Gesetzesänderung nur auf russische Firmen bezieht, die z.B. nicht mit sanktionierten Banken zusammenarbeiten möchten. Derzeit liegt aber weiterhin kein Entwurf für diese Änderung vor; an ihm wird laut Turtschak noch gearbeitet.

Eine ähnliche Initiative zur Bestrafung von Sanktionsbefolgung gab es bereits 2018, die damals jedoch trotz breiter politischer Unterstützung seitens der russischen Wirtschaft (RSPP) nicht erfolgreich war.

Somit ist Stand heute der „Aufruf“ zu Sanktionen strafbewehrt, deren „Befolgung“ jedoch aktuell noch nicht.

Pressemeldung dazu: [За отказ от сотрудничества с попавшим под санкции бизнесом введут уголовную ответственность - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Neue OECD-Länderrisikoeinstufungen für Russland und Belarus

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine erfolgte eine außerordentliche Überprüfung der Ländereinstufung für Russland und Belarus durch die OECD-Länderrisikoexpertinnen und -experten.

Die siebenstufige Länderklassifizierung (1 = beste Kategorie, 7 = schlechteste Kategorie) wurde 1999 auf OECD-Ebene eingeführt und ist ein Parameter bei der Berechnung des Entgelts. Im Vergleich zu den bisherigen Einstufungen haben sich folgende Veränderungen ergeben, die zum 18. März 2022 wirksam werden:

Belarus	Kategorie 7	bisher: Kategorie 6
Russland	Kategorie 7	bisher: Kategorie 4

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Laut russischen Medienberichten gibt es Anzeichen dafür, dass **Zentralbankchefin Elwira Nabiullina** entlassen werden könnte. Ihre Amtsperiode laufe ohnehin am 24.6.2022 aus. Am heutigen Freitag habe sie erstmals seit zwei Jahren keine Pressekonferenz nach der Sitzung zur Leitzinserhöhung abgehalten. Regierungssprecher Peskow habe eine Frage nach Weggang Nabiullinas nicht dementiert.

Laut der Nowaja Gazeta ist die Versorgung der russischen Bevölkerung mit **Arzneimitteln** sei zu einem Problem für die russische Regierung geworden, viele Medikamente seien bereits um 40 Prozent teurer geworden, andere inzwischen aus den Apotheken verschwunden. Die Regierung wolle eine Hotline zu dem Thema für die Apotheken einrichten.

In Russland hat sich die Zahl der **offenen Stellen für IT-Spezialisten** im öffentlichen Dienst seit dem Einmarsch in die Ukraine mehr als verdoppelt (plus 108 Prozent). Wie die Tageszeitung Kommersant berichtet, steige insbesondere der Bedarf an Systemadministratoren (111 Prozent) und Web-Ingenieuren (120 Prozent) derzeit dramatisch an. Als Gründe werden die Abwanderung vieler IT-Spezialisten aus Russland und der Wegfall von internationalen Servicedienstleistern angegeben. Die Behörden wollen diesem Trend u. a. mit einer Erhöhung der Gehälter entgegensteuern.

Spiegel-Online

[Russland: Hamsterkäufe von Zucker alarmieren Behörden - DER SPIEGEL](#)

Weil die Preise rasant steigen, decken sich viele Russen mit Zucker ein. Jetzt kündigt die Anti-Monopol-Organisation Kontrollen bei Produzenten und Händlern an.

Der starke Anstieg der Zuckerpreise nach dem Angriff auf die Ukraine und sich häufende Hamsterkäufe rufen die russische Wettbewerbsbehörde auf den Plan. Diese kündigte Kontrollen bei Produzenten, Einzel- und Zwischenhändlern an. »Die Tatsache, dass in mehreren Regionen kein Zucker in den Regalen zu finden ist, ist auf eine überstürzte Nachfrage zurückzuführen, die von unehrlichen Organisationen angeheizt wird«, teilte die Anti-Monopol-Organisation FAS mit.

Die Zuckerpreise sind in der vergangenen Woche um 12,8 Prozent gestiegen, wie aus Daten des Statistikamtes Rosstat hervorgeht. In den sozialen Medien verbreitete Videoaufnahmen zeigen, wie Rentner sich in Supermärkten gegenseitig anrumpeln, um so viele Zuckertüten wie möglich zu ergattern. Für viele Russen ist Zucker ein Grundnahrungsmittel wie Buchweizen und Salz. Durch die westlichen Sanktionen wegen des russischen Einmarschs in die Ukraine haben sich viele Verbraucher beeilt, Vorräte anzulegen oder aufzustocken.

»Meine Schwiegermutter war gestern im Laden, und es gab überhaupt keinen Zucker mehr, und auch in anderen Geschäften konnte sie ihn nicht finden«, sagte Oleg, ein Bauunternehmer in der Stadt Wladimir. »Die Menschen sind besorgt.« Die Behörden sehen dagegen keinen Grund zur Eile, um Lebensmittel zu kaufen.

Der Export ist vorerst verboten

Russland hat den Zuckerelexport bis zum 31. August verboten. Zugleich hat die Regierung ein zollfreies Kontingent für die Einfuhr von 300.000 Tonnen Zucker und Rohzucker festgelegt. Damit soll die drohende Lebensmittelinflation gelindert werden. Zudem soll noch in diesem Jahr die Anbaufläche für Zuckerrüben um 1,1 Millionen Hektar erhöht werden, wie das Landwirtschaftsministerium Anfang bekannt gab.

»Wir haben keine Probleme mit Zucker, unsere Produzenten produzieren ihn in ausreichenden Mengen«, sagte der stellvertretende Industrie- und Handelsminister Viktor Ewtuchow. »Angesichts der Entscheidung, die Ausfuhren zu verbieten und freie Importe dieses Produkts zuzulassen, erwarten wir wirklich keine Engpässe bei dieser Ware, die von der Bevölkerung heute sehr stark nachgefragt wird.«

Zwei Schiffe mit einer Ladung von 88.000 Tonnen Rohzucker sind derzeit auf dem Weg von Brasilien zum russischen Schwarzmeerhafen, wie das Beratungsunternehmen Ikar mitteilte. Das russische Einzelhandelsunternehmen Magnit hat inzwischen zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, um die Verpackungskapazitäten für Zucker zu erhöhen und die Auslieferung in seine Geschäfte zu beschleunigen.

Kommentar zu Russlands Verlust von Handelsprivilegien im Rahmen der WTO:

American Institute for Contemporary German Studies
[Revoking Russia's Trade Privileges – AICGS](#)

(Arbeitsübersetzung)

Am vergangenen Freitag haben die G7 und die Europäische Union beschlossen, Russland wegen seines Einmarsches in der Ukraine den Status der "Meistbegünstigung" (MFN) oder das, was in den Vereinigten Staaten "Ständige normale Handelsbeziehungen" genannt wird, zu entziehen. Nach der Finanzpolitik (Wirtschaftssanktionen) ist nun die Handelspolitik in einer noch nie dagewesenen Weise im Namen der Geopolitik in Anspruch genommen worden.

Im Rahmen der Meistbegünstigungsklausel verpflichten sich die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), sich gegenseitig den gleichen zollgünstigen Zugang zu ihren Märkten zu gewähren. Der Artikel XXI der WTO über Ausnahmen für die nationale Sicherheit erlaubt jedoch die Aussetzung der Meistbegünstigung, wenn ein „Notfall in den internationalen Beziehungen“ vorliegt, was derzeit eindeutig der Fall ist. Die G7 (die Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und das Vereinigte

Königreich) und die 27 Mitgliedstaaten der EU, die zusammen 50 Prozent der Weltwirtschaft ausmachen, werden nun ihre Zölle auf die Einfuhr russischer Waren erhöhen. Am 3. März hatte Kanada bereits beschlossen, allein zu handeln und seine Zölle auf 35 Prozent zu erhöhen.

Dieser Schritt hat erhebliche Auswirkungen auf das globale Handelssystem. Eine sich abzeichnende Meinung ist, dass mit der vorübergehenden Aussetzung der russischen Handelsprivilegien der „Siegeszug der Globalisierung, der vor mehr als 30 Jahren begann, in eine Sackgasse geraten ist“ (The Washington Post) oder „Economic Blacklist of Russia Marks New Blow for Globalization“ (The Wall Street Journal).

Zusammen mit der unvermeidlichen Abkopplung von Chinas Nicht-Marktwirtschaft vom Rest der Welt bedeutet der Entzug der Meistbegünstigung für Russland, dass die Idee einer regelbasierten Weltwirtschaft am Ende ist.

Es ist leicht zu erkennen, wie sich dieses Narrativ vom Zerfall des Welthandels durchsetzen konnte. Vor dem Einmarsch in die Ukraine war Russland mit einem BIP von rund 1,5 Billionen Dollar die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Obwohl Russland nur der 23. größte Handelspartner der Vereinigten Staaten ist, steht es für die EU an fünfter Stelle. Nach dem Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2001 wurde die Mitgliedschaft Russlands im Jahr 2012 als der letzte Schritt angesehen, der notwendig war, um den Handel wirklich global zu gestalten.

Die Gesundheit des Welthandelssystems sollte jedoch nicht danach beurteilt werden, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt dabei ist oder nicht - was zählt, ist, wie stark seine führenden Mitglieder seine Grundsätze verteidigen und fördern. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entscheidung der G7 und der EU über den Meistbegünstigungsstatus Russlands positiv. Die Aufhebung des Meistbegünstigungsstatus Russlands ist kein Zeichen für die wachsende Anarchie in der Weltwirtschaft, sondern stärkt die WTO, indem sie zeigt, dass die in den WTO-Regeln vorgesehene Flexibilität für den Umgang mit Ausreißern angemessen genutzt wird.

Doch so wichtig die WTO auch sein mag, das globale Handelssystem ist nicht gleichbedeutend mit der in Genf ansässigen Institution; seine Konturen werden zunehmend durch informellere Bemühungen bestimmt. Und in dieser Hinsicht hat die gemeinsame Entscheidung der G7 und der EU eine Koalition gleichgesinnter Volkswirtschaften geschaffen, die in Zukunft sowohl bei neuen Handelsregeln - ob innerhalb der WTO oder für kleinere Ländergruppen - als auch bei flexibleren Handelsinstrumenten zur Durchsetzung dieser Regeln zusammenarbeiten können, wenn sie nicht eingehalten werden.

Es ist unwahrscheinlich, dass diese neue G7-EU-Koalition so schnell zustande gekommen wäre, hätte sich Präsident Biden nicht zuvor für die Entschärfung mehrerer Handelskonflikte eingesetzt. Dazu gehört die Aufhebung der schädlichen Zölle der Trump-Ära auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU, Japan, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern, die durch den Missbrauch einer Bestimmung des US-Handelsrechts verhängt wurden. Unterschätzen Sie nie, was Demokratien in einer Krise erreichen können, wenn sie Vertrauen haben.

RP Online

Staatspleite in Russland offenbar zunächst abgewendet

Zinszahlungen für russische Anleihen gelten als erster Test dafür, ob der Kreml trotz Sanktionen am Finanz- und Devisenmarkt seine ausländischen Schulden begleichen kann. Ein Zahlungsausfall würde den Bankrott bedeuten.

Russland hat offenbar eine Staatspleite infolge der westlichen Sanktionen zunächst abwenden können. Einige Besitzer von Anteilen russischer Dollar-Anleihen im Volumen von 117 Millionen Dollar hätten die fälligen Zinszahlungen erhalten, sagten zwei Marktteilnehmer am Donnerstag der Nachrichtenagentur Reuters. Die Zahlungen werden als erster Test gewertet, ob die Regierung in Moskau ihren internationalen Schuldenverpflichtungen nachkommen kann, nachdem der Westen auch den russischen Finanzmarkt mit Sanktionen treffen will.

Das Finanzministerium in Moskau gab am Donnerstag bekannt, die Zahlungen angewiesen zu haben. "Der Coupon wurde entgegen meinen Erwartungen gezahlt, und in Dollar", sagte ein Marktteilnehmer. Andere Anspruchsberechtigte erklärten, sie hätten bislang noch kein Geld erhalten, seien aber optimistisch, dass das noch geschehen werde.

Die Zinszahlungen auf die Anleihen waren bereits am Mittwoch fällig. Offiziell wird ein Zahlungsausfall Russlands aber erst, wenn die 30-tägige Nachfrist verstrichen ist. Es wäre das erste Mal seit der Russischen Revolution von 1917, dass das Land seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen würde. Damals hatten die Bolschewiken Schulden aus der Zarenzeit nicht anerkannt.

Unterdessen senkte die US-Ratingagentur S&P ihre Bewertung für die Kreditwürdigkeit von Russland noch tiefer in den Ramsch-Bereich. Die Note für langfristige Fremdwährungsanleihen liegt nunmehr bei "CC" nach "CCC" - das war ohnehin bereits Schrottniveau.

5. Sanktionen der USA

Zwei russische Staatsangehörige und drei Einrichtungen wurden von den USA gemäß der Executive Order (E.O.) 13687 wegen ihrer mutmaßlichen Zusammenarbeit mit Pak Kwang Hun, einem in Wladiwostok ansässigen nordkoreanischen Beschaffungsbeamten, benannt. Pak Kwang Hun vertritt die Ryonbong General Corporation, die sich auf die Beschaffung für die nordkoreanische Rüstungsindustrie und militärbezogene Verkäufe spezialisiert hat. Er wurde im Januar 2018 vom Office of Foreign Asset Control OFAC bereits gelistet.

Neu gelistete Personen: Aleksandr Andreyevich Gayevoy; und Aleksandr Aleksandrovich Chasovnikov.

Neu gelistete Unternehmen: Apollon OOO; Zeel - M Co., Ltd; und RK Briz, OOO.

[Treasury Targets Russian Individuals and Entities Supporting DPRK Weapons of Mass Destruction and Ballistic Missile Programs | U.S. Department of the Treasury](#)

Die vollständige US-Sanktionsliste der Special Designated Nationals SDN finden Sie hier:

[Specially Designated Nationals And Blocked Persons List \(SDN\) Human Readable Lists | U.S. Department of the Treasury](#)

Gesetzentwurf zum Verbot russischer Uranimporte

US-Senator John Barrasso (R-WY), ranghöchstes Mitglied des Senatsausschusses für Energie und natürliche Ressourcen, hat zusammen mit den Senatoren Cynthia Lummis (R-WY), Roger Marshall (R-KS) und Kevin Cramer (R-ND) einen Gesetzentwurf zum Verbot der Einfuhr von russischem Uran eingebracht.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Am Freitag änderte Großbritannien die Allgemeine Lizenz (GL) INT/2022/1277778: "Correspondent Banking Relationships & Processing Sterling Payments", um britischen Kredit-/Finanzinstituten die Fortsetzung einer Korrespondenzbankbeziehung mit der russischen Sberbank oder einem britischen oder nichtbritischen Kredit- oder Finanzinstitut, das sich im Besitz oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der Sberbank befindet, zu gestatten.

Informationen zu dieser General Licence:

[Microsoft Word - Amended GENERAL LICENC1 correspondent banking and processing sterling payments INT.2022.1277778 \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Japan

Die Japanische Regierung hat nach Berichten russischer Medien Sanktionen gegen neun Unternehmen und 15 russische Bürger verhängt, darunter die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, acht stellvertretende Verteidigungsminister, den Direktor von RosOboron Export Alexander Michejew und gegen das Unternehmen selbst. Vermögenswerte der Personen werden eingefroren. Japan hat zudem Sanktionen gegen Rosoboronexport, Russian Helicopters und die United Aircraft Corporation verhängt.

Kanada

Die kanadische Medienregulierungsbehörde hat nach Angaben russischer Medien die Ausstrahlung der Sender RT und des französischsprachigen RT France in Kanada verboten.

Norwegen

Heute hat die norwegische Regierung das umfassendste Sanktionspaket, das jemals von Norwegen verhängt wurde, in norwegisches Recht umgesetzt. Die Sanktionen sind eine Reaktion auf den illegalen Angriff Russlands auf die Ukraine und auch ein Ausdruck der Solidarität Norwegens mit dem ukrainischen Volk", sagte Außenministerin Anniken Huitfeldt. Norwegen vollzieht damit die in der EU bestehenden Sanktionen gegen Russland nach.

[Sanctions against Russia incorporated into Norwegian law - regjeringen.no](#)

Australien und Neuseeland

Australien hat Sanktionen gegen die russischen Oligarchen Viktor Vekselberg und Oleg Deripaska sowie 11 russische Banken angekündigt, berichtet CNN. Neuseeland hat sein erstes Sanktionspaket verabschiedet, auf dessen Liste Putin, Mishustin und Lawrow stehen, berichtet Newsroom.

Die wichtigsten Fakten:

Die australischen Sanktionen betreffen einen Anteil von 20 % am Aluminiumhersteller RUSAL, der sich im Besitz von Oleg Deripaska befindet. Es ist einer der weltweit größten Produzenten von Primäraluminium und Tonerde. Das Unternehmen verfügt über eine Verhüttungskapazität von insgesamt 4,3 Millionen Tonnen Aluminium.

Auf der australischen Sanktionsliste stehen 11 russische Banken und staatliche Einrichtungen, darunter das russische Finanzministerium und der Nationale Wohlfahrtsfonds.

Auf der neuseeländischen Liste stehen Präsident Putin, Premierminister Mischustin, Außenminister Lawrow, der ehemalige russische Präsident Medwedew und Verteidigungsminister Schoigu. Die Einschränkungen betrafen auch alle Mitglieder der russischen Staatsduma, die für die Anerkennung der "LDPR" gestimmt hatten.

Neuseeland hat den russischen Geschäftsmann Alexander Abramow trotz der Forderungen von Greenpeace nicht auf die Sanktionsliste gesetzt. Abramow ist Mehrheitseigentümer und Gründer der Evraz Group, eines russischen Stahlherstellers. Laut Forbes besitzt er ein 50-Millionen-Dollar-Haus in Australien und ist an Kiwibuild-Wohnprojekten beteiligt.

Die neuseeländischen Sanktionen richten sich zudem gegen die staatliche russische Promsvyazbank und den Halbleiterhersteller JSC Integral. Schiffe und Flugzeuge von Unternehmen und Einzelpersonen mit Untersanktionen dürfen das neuseeländische Hoheitsgebiet nicht durchqueren.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Süddeutsche Zeitung

Deutschen Firmen droht Zwangsverwaltung

Wegen des Ukraine-Krieges und der Sanktionen des Westens ziehen sich Unternehmen aus Russland zurück. Jetzt erhöht Moskau den Druck: Wer seine Fabriken im Land aufgibt, könnte schon bald enteignet werden

München– Andreas Knaul arbeitet seit 30 Jahren in Russland, und er hätte eines nicht für möglich gehalten, nicht bis zum 23./24. Februar: Dass Russland sein westliches Nachbarland in großem Stil angreift und einen Krieg in Europa beginnt. In der Ukraine war er oft. „Ich kenne viele von den Orten, die jetzt jeden Tag im Fernsehen gezeigt werden. Das tut besonders weh“, sagt er. Knaul ist Rechtsanwalt und berät für die Nürnberger Kanzlei Rödl & Partner vor allem deutsche Kunden aus der mittelständischen Wirtschaft in Russland. Die Frage, die sich jetzt alle stellen: Gehen oder bleiben? Viele haben beschlossen, fürs Erste zu gehen. VW, Bosch Siemens Hausgeräte, Mercedes und andere. Da sind die Sanktionen des Westens, die gerissenen Lieferketten, der Ausschluss von internationalen Zahlungssystemen, der politische und moralische Druck– was also soll man noch in Russland?

Viele Unternehmen wollen ihren lokalen Geschäftsführer nicht ins Gefängnis bringen Da sind aber auch die von Russland angedrohten Gegensanktionen. „Viele Unternehmen überlegen sich gerade, ob sie wirklich Hals über Kopf aus Russland abziehen wollen“, sagt der Anwalt und Russland-Experte Knaul. „Sie wollen ihren lokalen Geschäftsführer nicht ins Gefängnis bringen, sie wollen keine strafrechtlichen Konsequenzen, sie fürchten anschließende Enteignungen.“ Gefängnis, Enteignung– was hier so martialisch klingt, ist gar nicht so abwegig.

Ein erster Vorgeschmack auf das, was ausländischen Unternehmen demnächst in Russland blühen könnte: die Enteignung von Flugzeugen westlicher Leasing-Firmen. Flugzeuge im Wert von zehn Milliarden Dollar müssten jetzt eigentlich an westliche Leasingfirmen zurückgehen– werden sie aber nicht, weil Russlands Präsident Wladimir Putin am Montag ein Gesetz unterzeichnet hat. Inhalt: Hunderte Flugzeuge sollen dem Zugriff ihrer ausländischen Eigentümer entzogen werden. Technisch soll es so ablaufen: Russische Fluggesellschaften sollen die von ihnen geleasten Flugzeuge einfach in Russland als ihr Eigentum registrieren lassen, damit sie hier im Inland weiterfliegen können. Wenn man so will, könnte man die Umzertifizierung auch anders nennen: Beschlagnahmung.

Oder eben: Enteignung. Von den Flugzeugen zu den Fabriken: Das, was viele seit Tagen fürchten, könnte irgendwann tatsächlich eintreten: Die Enteignung und Verstaatlichung jener Unternehmen, die seit Beginn des Krieges am 24. Februar das Land verlassen haben. Unternehmen mit zum Teil großen Fabriken und Tausenden von Angestellten vor Ort. Dazu kommt das größer gewordene Risiko für westliche Manager, vor Ort festgenommen zu werden. In Industriekreisen heißt es, dass man sehr darauf achten müsse, in internen Schriftwechseln den Begriff „Krieg“ zu vermeiden. Einen ersten Gesetzentwurf, der der SZ

vorliegt, hat die russische Regierung vor einigen Tagen auf den Weg gebracht, er könnte in den nächsten Tagen verabschiedet werden. Das Papier unter dem eher harmlos klingenden Titel „Über die externe Verwaltung für das Management der Organisation“ hat es in sich. Denn „externe Verwaltung“ – das ist hier eine durchaus bürokratische Umschreibung für etwas, das im Ergebnis mittelfristig wohl auf eine Enteignung hinauslaufen dürfte. Begründet werden die Schritte mit den angeblich „unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und mit ihnen verbundener ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die mit der Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen verbunden sind“, auch gehe es um den „Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation“, die „Gewährleistung ihrer finanziellen Stabilität“ und den „Schutz der Rechte und rechtmäßigen Interessen der Organisation“. Unternehmen, die zu mehr als 25 Prozent im Besitz von Ausländern aus jenen sogenannten „unfreundlichen“ Staaten sind, könnten dann im Zuge eines verkürzten Insolvenzverfahrens nationalisiert, einer externen Verwaltung unterstellt und auch verkauft werden.

Nicht zufällig hatte der Autobauer Volkswagen vor zwei Wochen nicht nur angekündigt, seine Produktion im Werk in Kaluga vorläufig zu stoppen. Er hatte sich auch bereit erklärt, seinen Tausenden Mitarbeitern erst einmal Kurzarbeitergeld zuzahlen. Ein klares Signal an den Kreml: Man will zeigen, dass man nicht so einfach weggeht. Man will auch Verantwortung für die Beschäftigten in Russland übernehmen. Es ist für die Unternehmen eine Gratwanderung zwischen den Sanktionen des Westens und der drohenden Zwangsverwaltung durch die russischen Behörden.

Man nehme das alles „sehr ernst“, sagt Michael Harms, Geschäftsführer beim Ostausschuss der deutschen Wirtschaft. „Der vorliegende Gesetzentwurf der russischen Regierung zur Fremdverwaltung ausländischer Unternehmen bedroht deren Existenz und damit Tausende Arbeitsplätze im Land.“ Man sehe aber auch, dass die „russische Seite den Unternehmen eine Frist von mindestens drei Monaten gewährt – nur wenn die Firmen ihr Geschäft längerfristig und ohne wirtschaftliche Gründe einstellen, droht eine Enteignung“. Allein die deutsche Industrie hat an die 25 Milliarden Euro direkt in Russland investiert.

Was genau das alles für die mehr als 3600 deutschen Unternehmen bedeutet, die gerade in Russland aktiv sind? Die Unternehmen halten sich gerade zurück - und warten ab, wie es nun weitergeht. Bei BSH Hausgeräte heißt es, man beobachte „die Situation“. Der westfälische Landmaschinenkonzern Claas schreibt auf Anfrage: „Über mögliche Maßnahmen der russischen Regierung spekulieren wir nicht.“ Der europäische Marktführer bei Mähdreschern beschäftigt 900 Mitarbeiter in Russland und hält fest: „Wir folgen den gegen Russland angeordneten Sanktionen.“ Im Rahmen dieser Sanktionen sei es „aktuell möglich, den ukrainischen und den russischen Landwirten Landmaschinen und Ersatzteile zur Verfügung zu stellen“. Man wolle auch „im Rahmen der Möglichkeiten weiter dabei helfen, die Ernte in beiden Ländern einzubringen“.

Im Moskauer Gesetzentwurf geht es um Personen, die das Land „nachdem 24. Februar 2022 verlassen haben“ und darum, „dass sie sich der Ausübung ihrer Befugnisse entzogen“ und die „Organisation entgegen ihren Interessen ohne Leitung gelassen haben“. Also: Wer geht, wer alles liegen lässt, wer seine russischen Mitarbeiter zurücklässt, dessen Betrieb könnte

enteignet werden. „Ich kenne keine deutsche Firma, die sich derzeit komplett zurückzieht“, sagt Harms. „Aus gutem Grund, alle wollen erst einmal die weitere Entwicklung abwarten, das ist verständlich.“

Und wenn Russland Ernst macht? „Die wären schön blöd, wenn sie uns rauswerfen“, sagt einer, der das Geschäft in Russland gut kennt und nicht namentlich genannt werden will. Was übrig bliebe, wäre am Ende nur eine leere Fabrikhalle, mit der man auf russischer Seite eh nichts anfangen könnte. Es bräuchte für die Produktion auch Software, moderne IT-Systeme und entsprechendes Know-how. All das würde mit den Unternehmen das Land verlassen. „Die schaden sich am Ende mehr als uns“, sagt der Insider.

Anfangs hoffte man in den Konzernvorständen noch, dass man sich auf den deutsch-russischen Investitionsschutzvertrag von 1989, den auch Russland in der Nachfolge anerkannt hat, berufen könnte. Bei dem Abkommen geht es unter anderem auch um Schutz vor Enteignungen. Gilt der nun noch? „Das Investitionsschutzabkommen spielt politisch derzeit überhaupt keine Rolle“, glaubt Michael Harms vom Ostausschuss. „Viel wichtiger ist das Argument der langfristigen Investitionssicherheit– wird langfristig noch jemand in Russland investieren, wenn es in den kommenden Monaten zu Enteignungen käme?“ Man sollte daher nichts unversucht lassen, der russischen Regierung „diesen Aspekt klarzumachen“.

Spiegel-Online:

[Ukraine-Krieg: Mehr als jede zweite Firma erwartet Lieferengpässe - DER SPIEGEL](#)

Teils »gigantische« Wartezeiten: Rund 60 Prozent der Unternehmen befürchten laut einer DIHK-Umfrage gestörte Lieferketten infolge des Ukrainekriegs. Auch die Chemiebranche schlägt Alarm.

Die Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine sorgen nach Angaben deutscher Unternehmen für eine zum Teil dramatische Verschärfung von Lieferengpässen. Wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mitteilte, melden rund 60 Prozent der Firmen zusätzliche Störungen in der Lieferkette und Logistik als Folge des Krieges. Das zeige ein erster Trend aus einer laufenden DIHK-Blitzbefragung zu den wirtschaftlichen Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine.

»Der Stress in der Wirtschaft ist momentan sehr groß«, sagte DIHK-Vizepräsident Ralf Stoffels. Die steigenden Energie- und Rohstoffkosten könne kein Mittelständler schlucken. Engpässe bei Rohstoffen gebe es seit dem Spätsommer, durch den Krieg habe sich dies aber nun noch verschärft. Lieferzeiten seien zum Teil »gigantisch«. Stoffels nannte ein Beispiel: Wenn bei einem Gabelstapler das Warnlicht kaputt sei, das nach deutschem Recht blinken müsse, warte die Firma 24 Wochen auf ein Ersatzteil.

Der industrielle Mittelstand schiebe ein Auftragspolster vor sich her, das wegen der Lieferengpässe nicht abgearbeitet werden könne, sagte Stoffels. Hinzu käme eine

Kostenexplosion auch der Energiepreise. »Für uns ist das gerade eine dramatische Situation«.

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier sagte, Deutschland sei in einem signifikanten Ausmaß von russischen Lieferungen, etwa von Nickel oder Titan, abhängig. Diese seien zum Teil unverzichtbar. Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie würden am Ende auch beim Verbraucher ankommen. Fast 20 Prozent der Firmen sagten, dass sie eine problematische Finanzlage hätten. Die Folge sei, dass weniger investiert werde. Stoffels forderte die Politik zu Härtefallbeihilfen auf.

Chemiebranche kassiert Prognose

Auch die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie fürchtet infolge des Ukrainekriegs schwere Einbußen. Die hohen Gas- und Ölpreise trüben die Lage der energieintensiven Branche. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) zog seine Prognose für das laufende Jahr zurück, in der er zuvor von einem Rekordjahr ausgegangen war. Eine neue Vorhersage wollte der Verband nicht wagen. »Jegliche Prognose wäre im hohen Maß spekulativ«, sagte Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup.

Die Aussichten für die Branche hätten sich mit dem Krieg dramatisch verändert, so der VCI. Mit den rasant gestiegenen Preisen für Öl und Erdgas schwinde der finanzielle Spielraum der Unternehmen. In einer Umfrage unter 247 Mitgliedsfirmen berichteten 70 Prozent über gravierende Probleme für ihr Geschäft wegen der teuren Energie. 54 Prozent erwarteten dieses Jahr Rückgänge bei Umsatz und Produktion.

Die Branche setzt laut VCI rund 2,8 Millionen Tonnen Erdgas als Rohstoff und 99,3 Terawattstunden Erdgas für die Erzeugung von Dampf und Strom im Jahr ein. Zudem benötigt sie über 14 Millionen Tonnen Rohbenzin als Rohstoff. In der Verbandsumfrage gaben 85 Prozent der Firmen an, steigende Produktions- und Beschaffungskosten gar nicht oder nur teilweise weitergeben zu können.

»Verschiebungen von Produktionen ins Ausland«

»Das führt zu Verschiebungen von Produktionen ins Ausland und Drosselungen von Anlagen im Inland, weil diese nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden konnten«, sagte Große Entrup. Zudem belasteten Störungen der Lieferketten, Logistikkengpässe und Materialmangel auch die Chemie. Hier sei keine Trendwende in Sicht.

Die direkten Verflechtungen mit Russland und Ukraine sind für die Chemie- und Pharmabranche hingegen überschaubar. Die beiden Länder machen laut VCI in Summe knapp 3 Prozent der deutschen Chemie- und Pharmaexporte oder gut 6,8 Milliarden Euro aus.

Der Verband bekräftigte seine Warnung vor einem Importstopp von russischem Erdgas als mögliche Sanktion gegen Russland. Dies würde nicht nur die Chemieindustrie, sondern die deutsche Wirtschaft breit treffen, da die Branche viele Kunden von Auto- bis Bauindustrie habe.

Von der Politik verlangte der VCI, dass alle Schritte zur Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie Vorrang haben sollten – etwa die schnelle Abschaffung der EEG-Umlage oder eine Senkung der Energiesteuer auf das EU-Minimum. Parallel müsse der Ausbau erneuerbarer Energien vorankommen.

DerStandard

Die Tech-Branche flüchtet aus Russland: "Wollen hier nicht mehr leben"

Während die Augen der Welt derzeit vor allem auf die vielen flüchtenden Ukrainerinnen und Ukrainer gerichtet sind, drehen auch zahlreiche Russen ihrem Heimatland den Rücken zu. Während die einen vor fallenden Bomben flüchten, haben viele Teile der russischen Bevölkerung Angst vor ihrer eigenen Regierung bekommen. Darunter sind viele Menschen der Tech-Branche und auch Influencer, die über die Gründe ihrer Flucht öffentlich sprechen.

Mit offenen Augen

"Ich kann nicht mehr ignorieren, was rund um mich passiert." Die russische Youtuberin Wiktorija Terechina, auf Social Media als "minimalrussiagirl" bekannt, hat nach langem Zögern ihre Heimat zusammen mit ihrem Mann und ihrer Tochter verlassen. Sie könne nicht mehr in einem Land leben, in dem Leute auf der Straße verhaftet werden, nur weil sie ein Schild in die Luft halten: "Wir haben bis zu dem Angriff auf die Ukraine geglaubt, es seien nur Drohgebärden unserer Regierung, um ihre Macht zu zeigen."

Es sei ihr ein Anliegen, über die Wahrheit zu sprechen, und das könne sie in ihrer Heimat nicht mehr tun, sagt Terechina. Sie wolle aber weiterhin auch die Perspektive der russischen Bevölkerung darstellen, um das teilweise falsch dargestellte Bild in manchen Medien zurechtzurücken. Große Teile der russischen Bevölkerung sind laut der jungen Frau seit Kriegsbeginn frustriert. Man gehe dem täglichen Leben nach, aber die Gedanken seien immer in der Ukraine. Ein Krieg gegen die eigenen Nachbarn, die eigenen Freunde sei für viele einfach nicht nachvollziehbar. Man sei sich in so vielen Bereichen ähnlich – dieser Krieg scheint so sinnlos, erzählt sie in einem über 30 Minuten langen Video.

Die Flucht – derzeit wohnt sie in einem Hotel in Usbekistan – sei spontan gewesen. Sie habe nicht mal mehr abgewaschen, sondern einfach die wichtigsten Sachen eingepackt, einen Covid-Test für den Flug gemacht und sei dann losgefahren. Erst jetzt merke sie, dass ihre Kreditkarten im Ausland nicht mehr funktionieren und der Flug um ein vielfaches teurer war als noch vor ein paar Wochen. Die Entscheidung würde sie trotzdem nicht anzweifeln. Gerade sei sie mit dem zweiten Kind schwanger, da sei ein Leben in einem Land, in dem man Angst vor der eigenen Regierung haben müsse, nicht erstrebenswert.

"Ich habe immer gewusst, dass wir nicht wirklich die Freiheit haben, alles zu sagen. Aber jetzt sieht und spürt man es täglich", sagt sie. Die Zensur von inländischen Medien und das Blocken von ausländischen Social-Media-Plattformen seien ein Weckruf gewesen: "Ich kann in keinem Land leben, in dem Journalisten Informationen nicht teilen dürfen. Wo Stimmen

nicht mehr zählen und man für das laute Aussprechen von Gedanken bis zu 15 Jahre ins Gefängnis wandern kann."

Sie sei weiterhin stolz, Russin zu sein. Der Hass im Netz habe sie aber überwältigt. Sie habe sogar den Channel-Namen geändert, weil sie Leute belästigt hätten, nur weil sie das Wort "Russia" im Namen hatte. Generell sei ihr aufgefallen, dass weltweit Russinnen offener Provokation und Beleidigungen ausgesetzt waren, nur aufgrund ihrer Herkunft. Das sei unfair und nicht nachvollziehbar. Man könne sich zudem nicht vorstellen, wie gespalten das Land selbst sei. Es gäbe natürlich zahlreiche Russen, die alle Schritte der Regierung unterstützen. Sie sei aber müde, mit diesen zu diskutieren – es bereite ihr zu viele negative Emotionen.

Leben in der Türkei

Ebenfalls aus Russland geflohen ist der App-Entwickler Sergej, der in einem Gespräch mit "Rest of World" seinen echten Namen nicht veröffentlicht sehen wollte. In seiner von Tech-Enthusiasten gefüllten Telegram-Gruppe, so erzählte er der Website, würden sich derzeit viele darüber unterhalten, in die Türkei zu flüchten. Kurz nach Kriegsbeginn sei er mit seinem ukrainischen Geschäftspartner nach Belgrad geflohen, wo sie die Situation neu bewerten wollen. Die Sanktionen gegen Russland haben Unternehmern wie Sergej das Leben stark erschwert. Ausländische Kunden können kein Geld mehr überweisen, große Tech-Firmen wie Apple oder Microsoft hätten sämtliche Aktivitäten in Russland abgebrochen.

Viele lokale Firmen würden gerade darunter leiden, dass viele Geschäftskunden sämtliche Aufträge storniert hätten. Zudem würde die russische Regierung sämtliche Online-Aktivitäten überwachen und kritische Stimmen mundtot machen. "Menschen in der IT-Branche, die ihre Arbeit vollständig online abwickeln, verlassen alle das Land", erzählt Sergej im Interview. "Wer das Land nicht verlassen kann, ist deprimiert und eingeschüchtert."

Obwohl die russische Regierung heimischen Tech-Konzernen vergangene Woche die Firmensteuer von drei auf null Prozent reduziert hat, ist die Branche aufgeschreckt. Russlands größte Tech-Firma Yandex, die auch immer wieder als "Russlands Google" bezeichnet wird, organisiert laut israelischen Berichten gerade die Übersiedlung von rund 800 Mitarbeitern nach Israel. Viele andere Firmen wollen es Yandex gleichtun. Meist wird als Grund genannt, dass durch die weltweiten Maßnahmen für russische Unternehmen nicht nur jegliche Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen gestoppt wurde, sondern der westliche Markt generell für Geschäfte geschlossen sei.

Russlands Antwort auf Instagram

Nachdem in Russland zahlreiche Social-Media-Dienste zuletzt gesperrt wurden, darunter Instagram, Facebook und Twitter, arbeiten die daheimgebliebenen Entwickler an lokalen Alternativen. Eine davon soll "Rossgram" werden, eine dreiste Kopie von Instagram. Bereits am 28. März soll die App online gehen und Funktionen wie etwa Crowdfunding oder Paywalls von Content-Schaffenden für bestimmte Inhalte unterstützen. Nachdem viele Influencerinnen zuletzt den Wegfall von Instagram sehr bedauert haben, hat man jetzt gute Argumente in russischer Hand, diese Content-Schaffenden zu Rossgram zu holen.

Auch in anderen Tech-Bereichen will sich Russland vom Westen und auch von China entkoppeln. So produziert die russische Staatsgesellschaft Rostec schon länger Smartphones unter dem Namen AYYA, Gazprom Media präsentierte kürzlich den Start seiner neuen Video-Sharing-Plattform Yappy – die russische Interpretation von Tiktok.

Capital

„Enteignungen würden Russland massiv zurückwerfen“

Nachdem die russische Regierung mit Enteignungen gedroht hat, fürchten deutsche Unternehmen um ihre Investitionen in dem Land. Der Sanktionsexperte Sascha Kuhn hält die Gefahr von Verstaatlichungen für real. Allerdings wäre der Preis auch für Russland hoch

Deutsche Unternehmen haben in Russland rund 25 Mrd. Euro investiert. Sie gehören zu den stärksten ausländischen Investoren. Die russische Regierung droht nun mit Verstaatlichung, Enteignung. Wie konkret ist die Gefahr?

Die Gefahr ist sehr real. In einem Gesetzesentwurf droht die russische Regierung westlichen Konzernen, die sich aus Russland zurückziehen, offen mit Enteignung: Unter anderem Unternehmen, die zu mehr als 25 Prozent Vertretern von „unfreundlichen Staaten“ gehören, sollen danach einer externen Verwaltung unterstellt werden. Als „unfreundlich“ gelten alle Länder, die gegen Russland Sanktionen verhängt haben. Gelten soll das Gesetz für alle Unternehmen mit einem Vermögen von mehr als 1 Mrd. Rubel (Buchwert) und im Durchschnitt mehr als 100 Mitarbeitenden.

Wie groß ist die Sorge der deutschen Unternehmen – was hören Sie von Ihren Mandanten?

Einige Unternehmen sind bereits von der russischen Staatsanwaltschaft kontaktiert worden. Neben der Enteignung droht Russland den Unternehmern nämlich auch noch mit dem Strafrecht. Der Rückzug aus Russland und die Geschäftsaufgabe wird nach russischem Recht als Insolvenzstraftat gewertet. Die Geschäftsführer könnten danach persönlich haftbar gemacht werden.

Wie können sich die Unternehmen zur Wehr setzen?

Rechtlich sind diese Investments in Russland bestens abgesichert. Es gibt einen bilateralen Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR, der später auf die Russische Föderation übergegangen ist. In diesem völkerrechtlichen Vertrag (aus dem Jahr 1989) ist der gegenseitige Schutz von Kapitalanlagen geregelt. In Fällen einer Enteignung muss danach eine Entschädigung im Wert der Kapitalanlage zum Zeitpunkt der Verstaatlichung gezahlt werden. Doch wieviel ist so ein Vertrag jetzt noch wert? Natürlich kann ein Unternehmen vor ein internationales Schiedsgericht ziehen und sein Recht aus dem Investitionsschutzabkommen erstreiten. Aber Russland schert sich gerade nicht ums Völkerrecht, es ist kein Rechtsstaat.

Enteignung – was heißt das praktisch?

Die russische Regierung setzt einen externen Verwalter ein, der das Unternehmen als Organ leitet, das Vermögen wird auf eine neue Gesellschaft überschrieben, die Aktien dieser neuen Gesellschaft werden im Anschluss versteigert.

Würde es helfen, Unternehmen und Vermögen zu übertragen, einen Treuhänder einzusetzen?

Dazu müssen sie erst mal einen Käufer finden, der einen halbwegs vernünftigen Preis zahlt. Es weiß ja jeder, dass sie unter Druck stehen. Es müsste außerdem sehr schnell gehen, das Gesetz kann jederzeit in Kraft treten und wir wissen nicht, ob es Übergangsfristen geben wird. Schwierig außerdem: Auch ein neuer Treuhänder kann sehr schnell in das Visier des russischen Staates geraten.

Sie kümmern sich vor allem um Unternehmen, die von den Wirtschaftssanktionen betroffen sind.

Die meisten Unternehmen wollen erst mal wissen, ob ihre Dienstleistungen oder Produkte unter die Sanktionen fallen. Die Liste ändert sich fast täglich und ist für viele Unternehmen schwer zu entwirren. Die wollen wissen, ob sie ihre Produkte noch exportieren dürfen und sich auf keinen Fall strafbar machen. Wir reden immerhin über Haftstrafen von bis zu zehn Jahren. Der Abbruch der Geschäfte ist für die Unternehmen natürlich einfacher, wenn sie sagen können, sie dürfen nicht mehr, weil sie dann gegen Sanktionen verstoßen würden. Ansonsten wird es schwieriger aus den Verträgen herauszukommen. Am schwierigsten ist es für die, die dort Kapitalanlagen haben. Die können nicht einfach zusammenpacken und gehen.

Einige wollen aber auch bleiben.

Ein signifikanter Anteil will tatsächlich kein Geschäft mehr mit Russland machen, den Krieg nicht mitfinanzieren und sich die Hände blutig machen. Einige würden gerne bleiben, beenden ihr Russland-Geschäft aber trotzdem, weil sie einen riesigen Reputationsschaden in der westlichen Welt fürchten. Einige Unternehmen, die bislang noch in Russland aktiv sind, erleben gerade massive Proteste im Netz oder auch vor ihren Filialen, dass sie sich die Hände blutig machen. Die Abwägung muss jedes Unternehmen für sich treffen. Es gibt – humanitäre Gründe – zu bleiben. Aber es gibt auch immer das Argument, sich dann mitschuldig zu machen. Aber all das sind keine juristischen Entscheidungen.

Welche Risiken birgt eine Verstaatlichung für Russland?

Die meisten Unternehmen in Russland sind auf Dauer allein nicht überlebensfähig. Sie sind auf bestimmte Vorprodukte, bestimmtes Know-how angewiesen und funktionieren nicht ohne den Weltmarkt. Wenn eine VW-Tochter verstaatlicht würde, dann wäre sie ja nicht mehr Teil des VW-Logistikverbundes, die Zuliefer- und Ersatzteile blieben aus, Autofertigung

würde stillstehen, die Beschäftigten arbeitslos. Enteignungen würden Russland massiv zurückwerfen und für viele Jahrzehnte einen Vertrauensverlust auslösen.

Spiegel-Online:

Geld für Essen oder Geld für Sprit?

Der russische Einmarsch in die Ukraine könnte bald Menschen in existenzielle Not bringen, die Tausende Kilometer entfernt von der Ukraine leben. Denn die ist, genauso wie Russland, ein wichtiger Produzent von Weizen, Mais und Ölen. Von Getreide aus der Ukraine und Russland hängen ausgerechnet einige der Länder ab, die sowieso schon unter Mangel leiden: Äthiopien, Somalia oder der Jemen.

Droht also eine Hungerkatastrophe? »Ich hoffe nicht, aber die Gefahr ist real«, sagt Cem Özdemir, der deutsche Minister für Landwirtschaft und Ernährung im SPIEGEL-Interview. Das World Food Programme der Vereinten Nationen beziehe 50 Prozent seines Weizens aus der Ukraine.

Deshalb werde Deutschland mehr Geld für das World Food Programme bereitstellen und alles dafür tun, dass die Agrarmärkte offenbleiben und nicht Länder jetzt ihre Exporte stoppen, um sich selbst zu versorgen. Wirklich einspringen als Exporteur könne Deutschland aber nicht: »Man muss die Grenzen des Machbaren sehen: Deutschland wird die Kornkammer der Ukraine nicht ersetzen können.« Dass man das viele Getreide nicht länger an Nutztiere verfüttert, sondern für Menschen nutzt, ist offenbar kein Plan der Regierung. In Deutschland selbst, sagt Özdemir, drohe keine Knappheit: »Wir können uns mit vielen Nahrungsmitteln selbst versorgen, Gott sei Dank«. Manche Preise würden aber wahrscheinlich steigen und auffangen könne der Staat auch nicht alles. »Unsere staatlichen Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, können die Folgen des Krieges nicht ungeschehen machen, höchstens abfedern«, sagte Özdemir.

Entlastungen müssten deshalb zielgenau sein – eher bei Essen als beim Sprit: »Längst nicht jeder hat ein Auto oder ist darauf angewiesen. Aber jeder muss sich ernähren. Darauf sind alle angewiesen. Deshalb muss man schon fragen, ob eine Entlastung hier nicht zielgerichteter ist als beim Benzinpreis und allen zugutekommt, insbesondere denjenigen, die wirklich Not leiden.«

Agora-Energiewende:

[Pressemitteilungen - Mit Effizienz und Erneuerbaren aus der fossilen Energiekrise \(agora-energiewende.de\)](https://www.agora-energiewende.de/Pressemitteilungen-Mit-Effizienz-und-Erneuerbaren-aus-der-fossilen-Energiekrise)

Durch eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau Erneuerbarer Energien sowie die Elektrifizierung von Industrieprozessen und Gebäudewärme, kann der Gasbedarf Deutschlands bis 2027 um rund ein Fünftel beziehungsweise etwa 200 Terawattstunden sinken. Das zeigen aktuelle Berechnungen von Agora Energiewende in Zusammenarbeit mit Prognos und dem Wuppertal Institut. Im akuten Fall, dass die russischen Gasimporte in die

EU gänzlich ausfallen, müsste Deutschland trotz einer europäischen Ersatzstrategie rund 290 Terawattstunden Erdgas einsparen. Durch Energiesparmaßnahmen und alternative Energiequellen lässt sich der Verbrauch von Erdgas in der Bundesrepublik vorübergehend um rund 160 bis 260 Terawattstunden senken. Entsprechende Maßnahmen wären etwa Erdgas in der Strom-, Wärme- und Industrieproduktion durch alternative Brennstoffe zu ersetzen oder die Raumtemperatur um 0,5°C bis 1,5° abzusenken.

„Die Regierung muss nun zusammen mit der Bevölkerung und der Industrie alle Kräfte bündeln, um der fossilen Energiekrise vor allem strukturell zu begegnen“, sagt Simon Müller, Direktor der Deutschlandarbeit von Agora Energiewende. Dafür müsse neben kurzfristig wirksamen Maßnahmen zur Einsparung von Erdgas umgehend der Ausbau von Erneuerbaren Energien und die Wärmewende beschleunigt werden, um Energiesouveränität für Deutschland zu erreichen. „Jede Wärmepumpe, jede Solarzelle und jedes Windrad macht uns unabhängiger von fossilen Energieimporten und hilft zugleich unser 2030-Klimaziel zu erreichen“, sagt Müller.

...

GTAI:

[Zentralasien wird unter den Russland-Sanktionen leiden | Special | Zentralasien | Ukraine-Russland-Konflikt \(gtai.de\)](#)

Die zentralasiatischen Republiken sind wirtschaftlich eng mit Russland verzahnt. Damit treffen die Sanktion auch eine in letzter Zeit zunehmend instabile Region. Viele Menschen auf Rücküberweisungen aus Russland angewiesen.

Zentralasien machte zuletzt im Januar 2022 auf sich aufmerksam, als Preiserhöhungen für Autogas in Kasachstan massive Proteste entfachten. Die Regierung schlug diese nieder, auch mit russischer Unterstützung. Nun droht die Region in die nächste Krise zu stürzen, denn viele der Länder hängen von Russland ab. Sei es als Handelspartner, Transitland oder Arbeitsmarkt – an dem großen Nachbarn im Norden scheint derzeit kein Weg vorbeizuführen.

Zusammen mit der seit Monaten grassierenden Inflation hat der wirtschaftliche Niedergang Russlands durchaus das Potenzial, auch Zentralasien mit sich zu ziehen. Besonders die Afghanistan-Anrainerstaaten Tadschikistan und Usbekistan, die in sozialen Unruhen einen Nährboden für die Ausbreitung des Islamismus sehen, sind beunruhigt. Aber auch das vormals als stabil geltende Kasachstan und das von häufigen Machtwechseln geprägte Kirgisistan haben Grund zur Sorge.

Russland und Zentralasien sind wirtschaftlich stark verflochten. Geografisch und historisch gesehen ist Russland ein wichtiger Handelspartner für die Länder Zentralasiens. Im Jahr 2015 machte der Kreml den nächsten Schritt und rief die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) ins Leben, der neben Russland, Belarus und Armenien auch die beiden zentralasiatischen Republiken Kasachstan und Kirgisistan angehören. Damit sind einige der aus der UdSSR hervorgegangenen Staaten, zumindest wirtschaftlich, wieder näher

zusammengerückt. Auch Usbekistan wird ein Beitrittswunsch nachgesagt, nachdem es im Dezember 2020 den Beobachterstatus erhalten hatte. Sanktionen von zentralasiatischen Staaten gegen Russland sind daher nicht zu erwarten.

...

Schwacher Rubel und Sanktionen treffen auch Zentralasien

Die wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine verhängten Sanktionen haben den Rubel-Kurs abstürzen lassen – zwischenzeitlich auf fast 140 Rubel für einen Dollar. Damit steigen die Preise für Importe in Russland massiv an, was den Exportsektor in Zentralasien schwächt. Zwar dominieren Öl, Gas und Gold nach China und Europa die zentralasiatischen Exporte, doch verarbeitete Waren und landwirtschaftliche Erzeugnisse finden auch in Russland Abnehmer.

Usbekistan beispielsweise, welches seine Wirtschaft seit 2017 umfassend diversifiziert, hat 2020 überwiegend Textilien, Kleidung, Gemüse, Obst und Polymererzeugnisse nach Russland exportiert. Selbiges gilt für die bitterarmen Republiken Tadschikistan und Kirgisistan. Das verarbeitende Gewerbe und die Landwirtschaft sind wichtige Arbeitgeber und tragen durch eine erhöhte Wertschöpfung auch zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und sozialen Stabilität bei.

Selbst das rohstoffreiche Kasachstan ist betroffen, welches hauptsächlich Erze, Metalle und Stahl nach Russland exportiert. Aufgrund der Sanktionen gegen russische Stahlproduzenten dürfte auch hier die Nachfrage nach Vorprodukten sinken.

Standortvorteil „Seidenstraße“ gefährdet

Das Branchenportal logistik-heute berichtet von ersten Dienstleistern, die ihre Fahrten von und nach Russland bereits eingestellt haben und auf den Wasserweg umbuchen. Neben moralischen Bedenken sorgen sich die Logistiker auch wegen möglichen Verzögerungen, beispielsweise durch Sperrungen und Grenzabfertigung. Außerdem könnten internationale Versicherer der Versicherungsschutz für Transporte über Russland kündigen, so ein Sprecher des Hafensbetreibers Duisport. Es wird befürchtet, dass im Zuge weiterer Sanktionen die Fracht in Russland stecken bleiben oder sogar Schaden nehmen könnte.

Zentralasien läuft damit Gefahr, die angestrebte Rolle als Handels- und Transitdrehscheibe zu verlieren. Die Region stellt das Rückgrat der von China ins Leben gerufenen „Neuen Seidenstraße“ dar, denn drei Transportkorridore kreuzen Mittelasien. Der mit Abstand wichtigste ist der nördliche Korridor, auch bekannt als Eurasische Landbrücke. Er führt von China über Kasachstan und Russland nach Europa. Im ersten Halbjahr 2021 ist das Frachtvolumen auf dieser Strecke im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nochmal um 50 Prozent gestiegen, was nicht zuletzt auf die Verzögerungen im Containerschiffsverkehr zurückzuführen ist.

Der Angriff auf die Ukraine hat diesem Trend nun vorerst einen Riegel vorgeschoben. Branchenkenner verweisen auf den südlichen und mittleren Korridor als Alternativen.

Viele Menschen auf Rücküberweisungen aus Russland angewiesen

Aufgrund von fehlenden Arbeitsplätzen arbeiten Millionen Frauen und Männer aus Zentralasien auf den Baustellen, in den Restaurants und Putzkolonnen der russischen Metropolen. Mit ihren Rücküberweisungen unterstützen sie nicht nur ihre Familien, sondern auch die Wirtschaft ihrer Heimatländer. Besonders stark in Erscheinung tritt dies in Tadschikistan und Kirgisistan, wo die Rückflüsse für bis zu 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stehen.

Sollte Russland in eine Rezession abdriften, so wären auch die Jobs und Rücküberweisungen nach Zentralasien betroffen. Schon während der Coronakrise 2020 hatte sich diese Abhängigkeit gerächt, als Hunderttausende ihre Arbeit verloren und die Transfers einbrachen. Die Weltbank schätzt, dass im Jahr 2022 etwa 25 Prozent weniger Geld in den Haushalten Zentralasiens aus Russland ankommt. Doch der Verfall der russischen Währung ist schon jetzt ein Problem für viele Familien, da der Nominalwert des Rubels gegenüber dem US-Dollar stark gesunken ist. Hinzukommt der Teilausschluss von sieben russischen Banken aus SWIFT. Dieser zwingt die Gastarbeiter auf informelle, meist teurere Transferwege zurückzugreifen.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Ukrainische Eisenbahn – Angebote für Unternehmen

Die Ukrainische Eisenbahn ist bemüht, einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Land zu leisten. Wir möchten Sie dazu auf folgende Angebote hinweisen, die uns Alexaner Kamyshin, CEO of Ukrzaliznitsa (Ukrainian Railways), übermittelt hat:

1. [#Iron technopark](#)

We offer our production facilities in central and western Ukraine for relocation of production from the east of the country.

All the surplus warehouses and other production infrastructure were a burden for us in a peaceful time, and now allow us to place a third-party production. Together with the Ministry of Economy, we are building a large technology park on UZ's production infrastructure.

If you are a manufacturer and have lost the opportunity to continue working - contact us and let us know what you need to resume production, and we will select a production site for you based on our capacity.

Contact point: Yevhen at +38 050 452 22 15

2. [#Iron terminal](#)

In a peaceful time, almost all our exports and imports were focused on seaports. The war has shown that such strategy is unreliable. Therefore, we need to build infrastructure for the development of exports and imports across the western borders. This will be a real European integration.

Together with the Ministry of Economy, we propose private businesses to build [#iron terminals](#) at the junctions with Poland, Slovakia, Hungary, and Romania. We will provide the main thing - railway adjacent infrastructure. The rest will be held by local authorities. Yesterday talked through it with the Governors of Lviv Region - Maksym Kozytskyi and Zakarpattia Region - Viktor Mykyta, as well as the Mayor of Lviv - Andrii Sadovyi. All of them support such initiative.

Contact: Yaroslav at +38 063 462 90 31

3. [#Iron sowing](#)

Together with the Ministry of Agriculture, we will help our farmers with diesel and fertilizer logistics. It's time to sow.

Contact point: Tetiana at +38 093 756 24 21

https://www.linkedin.com/posts/vshemayev_ironabrtechnopark-ironabrterminal-ironabrterminals-activity-6909591727800475648-zLYF

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaI@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/commission/press-room/detail/2022-03-17/stl-massnahmen-unterstuetzung-ukraine-geschaedigte)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuern_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: www.unterkunft-ukraine.de (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>
For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Kostenloser Sprachkurs des Goethe-Institut für Flüchtlinge (Kontakt): julia.franziska.mahnkopf@goethe.de

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

SPENDENAUFUF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei

darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:
iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

